

Chalmers Johnson

Der Kalte Krieg und die Asienkrise*

In Anbetracht der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Asiens haben viele US-Amerikaner ein Gefühl, das man nur als Schadenfreude bezeichnen kann. Doch sollten insbesondere wir Amerikaner vorsichtig sein, wenn wir immer wieder – egal für welche Probleme – Deregulierung, Einschränkung der Staatstätigkeiten und die Segnungen offener Märkte predigen. Es handelt sich dabei um mehr oder weniger dieselben Dinge, die Herbert Hoover zur Bekämpfung der Finanzkrise von 1929 anwandte – und sie produzierten einen strukturellen Zusammenbruch der Nachfrage, der dann als Große Depression bekannt wurde.

Natürlich ist etwas sehr Ernstes in Ostasien passiert. Aber die Gründe sind so komplex, und es herrscht so wenig Übereinstimmung darüber, daß jeder ernsthafte Beobachter sich hüten sollte, vorschnelle Urteile zu fällen. Es wäre ein großer Fehler zu folgern, daß das asiatische »Wunder« ein Schlag ins Wasser war oder daß Francis Fukuyamas »Ende der Geschichte«, das heißt die Eliminierung jeglicher Alternativen zum amerikanischen »way of life«, endlich und definitiv erreicht worden sei. Die Amerikaner haben bisher nur diejenigen Aspekte der asiatischen Wirtschaftskrise wahrgenommen, die von den neoklassischen Ökonomen betont wurden. Was dabei allerdings fehlt, ist der Kalte Krieg als entscheidender Kontext für das Florieren der asiatischen Wirtschaften und die Rolle der USA, die als der wirtschaftliche und militärische Garant des asiatischen Systems aufgetreten sind.

Auch sollte man bei der Diskussion über den sogenannten »Zusammenbruch« im Auge behalten, daß das »asiatische Modell« gar nicht für ganz Asien, nicht einmal für ganz Ostasien galt. Um die Diskussion zu vereinfachen, soll hier unter dem »asiatischen Modell« ein Modell verstanden werden, das auf asiatischen Werten beruht: Es wird der Gemeinschaft Vorrang gegenüber dem Individuum eingeräumt, so daß – obwohl es eine auf Privateigentum beruhende Marktwirtschaft gibt – die staatliche Führung eine

* Der Artikel erschien am 23. Februar 1998 unter dem Titel *Cold War Economics Melt Asia* in *The Nation*.

wesentliche Rolle spielt. Und schließlich gründet das Wirtschaftswachstum im asiatischen Modell vor allem auf den Exporten. Dies alles kontrastiert mit der angloamerikanischen Betonung dessen, was westliche Werte sind (oder sein sollten): die universelle Gültigkeit von Individualismus und Laissez-faire und ein wirtschaftliches Wachstum, das sich vornehmlich auf die Binnennachfrage stützt. Tatsächlich existiert dieses asiatische Modell nur in Japan, Südkorea, Taiwan, Hong Kong und Singapur. Es bestand niemals in Thailand oder Indonesien, beides Länder, die zwar das japanische Konzept eines exportorientierten Wachstums verfolgten, aber niemals irgendeinen Versuch unternahmten, ähnliche staatliche Strukturen zur Disziplinierung von Arbeit und Kapital zu schaffen. Das asiatische Modell ist für China oder Vietnam nur teilweise relevant und für Nordkorea überhaupt nicht. Und obwohl die Malaysier großen Wert auf asiatische Werte legten, verletzen sie die Grundsätze des asiatischen Modells, indem sie den japanischen, europäischen und amerikanischen Banken erlaubten, ihre eigenen Varianten einer spekulativen Wirtschaft nach Malaysia zu exportieren. In den Vorstellungen der meisten Asiaten, insbesondere der Chinesen, wurde durch die Krise die Notwendigkeit des asiatischen Entwicklungsmodells eher bestärkt als in Frage gestellt.

Der zweite Punkt, an den erinnert werden muß, ist, daß die gegenwärtige Krise viel eher durch zuwenig Regulierung als durch eine kapitalistische Klientelwirtschaft oder irgendwelche anderen Nebenwirkungen einer engen Verbindung von Geschäftswelt und Regierung verursacht worden ist. Was benötigt wird, ist weder mehr Regulation noch weniger Regulation, sondern eine effiziente und fachmännische Führung von der Art, die Japan und Südkorea während der Periode ihres schnellen Wachstums ausübten. Auf jeden Fall war es eher die asiatische Art der Kooperation als die Konkurrenz, die während des Kalten Krieges zum Fortschritt in diesen Ländern führte. Der einzige relevante Fall kapitalistischer Klientelwirtschaft ist Japan. Seitdem die japanische Wirtschaft 1989-1990 zu schwanken begann, schützt Japan weiterhin selbstzufrieden seine strukturell korrupten und von Gängstern beherrschten Großunternehmen, ohne wirklich jemanden zur Verantwortung zu ziehen. Japan war vor allem deshalb imstande, mit heiler Haut davon zu kommen, weil nach wie vor die vom Kalten Krieg geprägte Beziehung mit den USA fortbesteht. Dies bedeutet, daß Japan nicht zu den schmerzlichen Entscheidungen gezwungen ist, die eine Anpassung an die eine globale Wirtschaft mit sich bringen würde.

Während der frühen 80er Jahre, als Japans Handelsüberschuß gegenüber den USA jeden Monat neue Rekorde erreichte und nahe daran war, einen Großteil der industriellen Basis der amerikanischen Wirtschaft zu zerstören, versuchte eine Gruppe außenpolitischer Experten (ich selbst eingeschlossen) auf die Unterschiede zwischen dem ostasiatischen und dem US-

amerikanischen Kapitalismus aufmerksam zu machen. Wir warnten davor, die Situation als Ergebnis der »unsichtbaren Hand« des Marktes aufzufassen; vielmehr sei sie Resultat der Steuerung durch einen »kapitalistischen Entwicklungsstaat«. Und wir befürworteten, die ganze Marktmacht der USA – nach wie vor der wichtigste Markt für alle ostasiatischen Ökonomien – dafür einzusetzen, daß diese Länder endlich ihre eigenen Märkte öffnen.

Aber während man den Amerikanern, solange sie noch eine unangefochtene Machtposition hatten, zugehört hätte, wurden die USA in der Reaganära, wo Steuerkürzungen mit einer Steigerung der Militärausgaben einhergingen, viel zu sehr von japanischen Krediten abhängig, um Japan noch direkt entgegentreten zu können. Daher machte die amerikanische Führung während der 80er Jahre etwas anderes: sie manipulierte den Wechselkurs, um die amerikanischen Güter auf dem Weltmarkt billiger, die japanischen teurer zu machen. Aber die Preiskonkurrenz war nicht die Ursache für das bestehende Handelsungleichgewicht zwischen Japan und den USA. Die wirklichen Probleme bestanden darin, daß die japanischen Märkte für ausländische Investoren und Händler nicht wirklich zugänglich waren. Die japanische Regierung duldete und ermutigte die Kartelle, setzte Handelsabkommen nur unzureichend um etc.

Was Japan gebraucht hätte, wäre eine wirtschaftliche Entwicklung gewesen, die stärker auf der Binnennachfrage als auf den Exporten beruht hätte. Stattdessen antwortete das Land auf den gestiegenen Yen mit wilden Überinvestitionen, um mit mehr Kapazitäten den Export auf allen Märkten fortzuführen. Es nutzte seinen finanziellen Einfluß auf die USA aus, um sicherzugehen, daß die Amerikaner nicht versuchen würden, diese Entwicklung zu stoppen. Damit waren aber die Spekulationsblasen der japanischen Ökonomie mit dem späteren Kollaps, dem verstärkten Export nach Südostasien und seinen verheerenden Folgen programmiert.

* * *

Um die gegenwärtige Krise zu verstehen und geeignete Antworten zu finden, muß man sich über drei verschiedene Punkte klar werden: über die Finanzkrise, über die industriellen Überkapazitäten sowie über das Ende der wirtschaftlichen Effekte des Kalten Krieges. Die viel zu vermessenen Amerikaner haben bisher lediglich begonnen, über den ersten Punkt nachzudenken.

Bei der Finanzkrise betonen die Analytiker, daß die gegenwärtige Krise eher ein monetäres Problem als eine Krise der »Realökonomie« darstellt. 1994 begannen Thailand, Indonesien, Malaysia und Südkorea, sich Hunderte von Milliarden Dollar von ausländischen Kreditgebern zu leihen. Dies wurde durch ein mit Geld überreichlich ausgestattetes globales Finanzsystem ermöglicht und von einem Mangel an elementarer Vorsicht auf

Seiten der Kreditnehmer begleitet, die die Kredite zum Teil in verrückte Projekte wie Luxusapartements und Bürogebäude steckten oder in Exportindustrien investierten, in denen es bald zu Überkapazitäten kam. Die Geschäftsleute in diesen Ländern glaubten, daß bei einem kontinuierlichen Wirtschaftswachstum ihre Regierungen, falls Schwierigkeiten auftreten würden, jede einzelne Bank oder jedes Unternehmen bei der Rückzahlung der Kredite unterstützen würde.

Aber im Juli 1997 bemerkten (zunächst in Thailand) einige ausländische Kreditgeber, daß viele ihrer asiatischen Kunden ihre Kredite nicht zurückzahlen konnten. Dies veranlaßte andere ausländische Investoren, riesige Geldmengen sowohl aus zweifelhaften als auch aus äußerst gesunden Unternehmen zurückzuziehen. Aufgrund der globalisierten Finanzmärkte, der schnellen Verfügbarkeit von Daten und des Mangels an effizienten Sicherheitsvorkehrungen weitete sich die Krise schnell auf andere Länder aus.

Insbesondere die Südkoreaner schienen alles vergessen zu haben, was ihnen widerfahren war, seit sie vor 30 Jahren mit ihrer beschleunigten wirtschaftlichen Entwicklung begonnen hatten. 1996 hatten sie – als Antwort auf die Attacken der USA – die wirtschaftliche Planungsbehörde, die seit den frühen 60er Jahren eine der wichtigsten Instanzen zur Durchführung der Wirtschaftspolitik war, abgeschafft und praktisch jede Kontrolle über den Finanzsektor verloren. Im Gegenzug zu dieser selbst beigebrachten Verwundung wurde Korea in den Klub der reichen Nationen aufgenommen, in die OECD. Ein direktes Ergebnis dieser »Reformen« war, daß die koreanische Regierung unfähig war, die Aktivitäten der ausländischen Kreditgeber gegenüber ihren unerfahrenen Banken angemessen zu überwachen. Innerhalb von zwei Jahren haben die koreanischen Banken und Unternehmen annähernd 160 Mrd. Dollar an Krediten aus dem Ausland erhalten, deren Rückzahlung jetzt zweifelhaft ist. Das meiste Geld stammte von deutschen, französischen, japanischen und amerikanischen Banken.

Die Krise wurde nicht nur durch leichtgläubige Kreditgeber und selbstzufriedene Kreditnehmer verschlimmert, sondern auch durch die Entwicklungen in China und den USA selbst. In den vergangenen zehn Jahren wuchs der chinesische Anteil am ostasiatischen Export in den amerikanischen Markt von 6% auf 26%. Und was noch wichtiger ist, 1994 wertete China seine Währung um 35% ab, was seine Exporte gegenüber denjenigen Südkoreas und Südostasiens erheblich konkurrenzfähiger machte.

* * *

Etwas ähnliches wie das Erscheinen Chinas als eines neuen Konkurrenten geschah in Washington und Tokio im Sommer 1995. Das amerikanische und das japanische Finanzministerium machten einen Deal, der die Wiederwahl Clintons im nächsten Jahr unterstützen und gleichzeitig Japan ei-

nen Ausweg aus seiner Bankenkrise über den üblichen Weg einer Exportsteigerung ermöglichen sollte. Finanzminister Robert Rubin und der stellvertretende Minister für internationale Finanzen Eisuke Sakakibara entschieden, den Yen gegenüber dem Dollar abzuwerten, wodurch Japans Konkurrenzfähigkeit erheblich zunehmen würde. Im Gegenzug sollte Japan die USA weiterhin mit ausreichend Kapital versorgen, was die Zinsen in den USA auf einem politisch wünschenswerten Niveau halten würde. Außerdem war die Clinton-Administration bereit, von ihren Bemühungen, die Einfuhr japanischer Luxusautos zu erschweren, Abstand zu nehmen. Die Administration schwieg über das amerikanische Defizit im Handel mit Japan, das eine Milliarde Dollar pro Woche ausmachte, und betonte den Sicherheitsaspekt der japanisch-amerikanischen Allianz.

Zwischen April 1995 und April 1997 fiel der Wert des Yen gegenüber dem Dollar um 60%. Das Verhalten Chinas und Japans führte dazu, daß die Exporte der südostasiatischen Länder weit weniger konkurrenzfähig wurden. Thailand, das seine eigene Währung an den jetzt völlig überbewerteten Dollar koppelte, war daraufhin ruiniert. Aufgrund der bereits vorhandenen Überkapazitäten und der nun starken Konkurrenz von China und Japan, fiel in Südkorea und den ASEAN-Staaten das Exportwachstum von 30% Anfang 1995 auf Null Mitte 1996. Eine Zahlungsbilanzkrise war nun unvermeidbar.

Als die Kredite im Sommer 1997 anfangen fällig zu werden, verwandelten die Reaktionen Japans und der USA eine Liquiditätskrise in ein wirtschaftliches Desaster. Zuerst preschten die Japaner vor und sagten, daß sie zumindest etwas Geld aufbringen würden, um die Schulden der asiatischen Staaten zu verringern. Sie schlugen eine neue, von Japan geführte multinationale Finanzeinrichtung vor, die ihre Kredite nur an asiatische Länder vergeben sollte. Die Amerikaner wandten sich sofort dagegen, da sie ganz richtig herausfühlten, daß die Japaner nun vorhatten, die ihnen schon lang versprochen, aber bisher immer vorenthaltene internationale Führungsrolle zu ergreifen. Wenn die Japaner erfolgreich wären, würden sie sich von der amerikanischen Leine, die ihnen der Kalte Krieg beschert hatte, lösen. Und darüberhinaus würden sie mit ihrem Kapitalüberschuß den asiatischen Ländern helfen, statt ihn der weltgrößten Schuldernation, den USA, zur Verfügung zu stellen. Auf dem Treffen in Manila am 19.11.1997, wo die von den Japanern vorgeschlagene neue Institution stillschweigend zu Grabe getragen wurde, zeigte sich Finanzstaatssekretär Lawrence Summers hocheifrig darüber, daß die Krisenbereinigung dem IWF anvertraut werden sollte. Japans stellvertretender Minister für internationale Finanzen Sakakibara äußerte dagegen seine Zweifel daran, daß der IWF dieser Aufgabe gewachsen sei. Er sollte recht behalten.

Der IWF trumpfte in Asien auf und versprach Thailand mit 17 Mrd. Dollar, Indonesien mit 40 Mrd. Dollar und Südkorea mit 57 Mrd. Dollar zu versor-

gen. Im Gegenzug forderte er Sparmaßnahmen im Haushalt, hohe Zinsen und die Öffnung für ausländische Unternehmer. Der IWF behauptete, diese Maßnahmen würden zur Gesundung der »asiatischen Tiger« führen und sie in kapitalistische Wirtschaften vom angloamerikanischen Typus verwandeln. Es gab so gut wie keine Chance, daß die vom IWF verordnete Medizin (die angeblich für alle denkbaren Fälle paßt) erfolgreich sein würde. Da kulturelle Unterschiede nicht im geringsten berücksichtigt wurden, konnte der IWF nicht verstehen, daß Gesellschaften, die sich erheblich von den westlichen unterscheiden, nicht bereit sind, ihre eigenen Strukturen zu zerstören. Es war daher nicht gerade überraschend, daß koreanische und südostasiatische Leitartikler begannen, über einen »zweiten Opiumkrieg« und den amerikanischen Imperialismus zu schreiben. Währenddessen scheint das gesellschaftliche Chaos, das die westlichen Berater im postkommunistischen Rußland zu produzieren halfen, auch in Asien vor der Tür zu stehen.

* * *

Aber die Probleme in den schnell wachsenden Wirtschaften Asiens betreffen nicht nur den Finanzsektor, sondern auch die grundlegenden Strukturen. Es wird zwar sehr viel gespart, die Kinder bleiben länger in der Schule als irgendwo sonst und es gibt weniger Staatsbeamte als in Washington, aber es wird viel zu viel in die falschen Industrien – in Automobilproduktion, Schiffsbau, Stahl, Petrochemie und Halbleiter – investiert.

Weil auch japanische, europäische und amerikanische Multis viele ihrer Fabriken in Länder verlegt haben, wo qualifizierte Arbeitskräfte sehr billig sind, können diese Arbeiter nicht das alles konsumieren, was sie produziert haben. Aber auch in den entwickelten Staaten der G 7 können die Konsumenten nicht mehr kaufen, weil ihre Wirtschaft nicht schnell genug wächst oder weil sie selbst gerade ihre Arbeit verloren haben. Die Finanzschwierigkeiten, die der IWF in den Griff bekommen will, sind nur das Symptom einer viel ernsteren Krankheit. Die im Hintergrund lauende Gefahr ist ein struktureller Zusammenbruch der Nachfrage, der zur Rezession und schließlich zu so etwas wie der großen Depression von 1929 führen kann. Wie William Greider in *One World, Ready or Not* hervorhob: »Hochlohnjobs in Niedriglohnländer zu verfrachten hat offensichtlich unmittelbare wirtschaftliche Vorteile. Aber grob gesprochen ersetzt es auch den Hochlohnkonsumenten durch den Niedriglohnkonsumenten. Dieser Austausch ist aber für das gesamte System schädlich.«

Der dritte, oben genannte Aspekt des Problems ist das Ende des Kalten Krieges in Ostasien. Die großen Überkapazitäten dort sind zu einem guten Teil eine Erbschaft des Kalten Krieges. Seit 1950 wurden Japan und Südkorea wirtschaftlich aufgerüstet, um den USA als Bollwerke im Kampf gegen den Kommunismus in Asien zu dienen. Auch viele andere Regionen in

Ostasien, einschließlich Taiwan, Hong Kong, Singapur, Thailand und den Philippinen, waren Vorposten des amerikanischen Kapitalismus und Operationsbasen für amerikanische Kriege. Der Deal, den die Amerikaner anboten, um diese Satelliten an der Leine zu halten, bestand in einem uneingeschränkten Zugang zum amerikanischen Markt, der Duldung des Merkantilismus und Protektionismus dieser Länder und in einem Technologietransfer zu günstigen Bedingungen. Im Gegenzug erhielten die Amerikaner einen öffentlichen Antikommunismus und das Recht, Militärbasen zu errichten. Noch immer gibt es 100.000 amerikanische Soldaten in Japan und Südkorea, und die siebte Flotte patrouilliert in den ostasiatischen Gewässern.

Der Kalte Krieg endete 1989, und was mit dem sowjetischen Imperium in Osteuropa seither geschah, könnte nun – nach 1997 – auch dem amerikanischen Empire in Ostasien widerfahren. Ein Unterschied besteht allerdings darin, daß in Osteuropa die Satelliten der Sowjetunion aus ihrer Abhängigkeit von den Russen heraus wollten, während in Ostasien die Satelliten der USA mit dem bisherigen Zustand noch mehr oder weniger zufrieden sind. Japan und Südkorea lassen weiterhin die amerikanischen Basen auf ihrem Boden zu und zahlen für sie großzügiger als jeder andere Verbündete Amerikas in der Welt. Das Paradox der amerikanischen Politik besteht darin, daß sie in Ostasien eine Deflation induzieren, um wirtschaftliche Liberalisierungen und Reformen zu erreichen und damit gleichzeitig zum Absturz ihrer im Kalten Krieg gewachsenen Beziehungen zu diesen Ländern beitragen. Entweder aufgrund von Finanzrestriktionen oder weil ihre Währungen so stark abgewertet wurden, können Japaner und Südkoreaner in Zukunft nicht mehr soviel Geld für die bei ihnen stationierten Truppen ausgeben und die ganzen amerikanischen Waffen kaufen, die das Pentagon bei ihnen loswerden will. Die thailändische Regierung würde bereits jetzt schon gerne den Kauf von acht in den USA hergestellten Kampfflugzeugen annullieren. Aber je mehr die Amerikaner die asiatischen Länder zwingen, ihre Ökonomien zu reformieren, desto unabhängiger werden sie vom amerikanischen Einfluß.

Faßt man die Gründe für die Krise kurz zusammenfassen, ergibt sich folgendes Bild: Die noch aus dem Kalten Krieg resultierenden Beziehungen verursachten ernste Überkapazitäten in der ganzen asiatischen Region, und als das ausländische Kapital abzuwandern begann, kam es zur Finanzkrise. Wenn sich die USA weiterhin ausschließlich auf die Finanzsituation konzentrieren, werden sie die Dinge nur verschlimmern. Der IWF mag imstande sein, seinen Klienten eine deflationäre Politik aufzuzwingen und letztlich einige elementare Kontrollen der Kapitalbewegungen einzuführen. Aber diese Maßnahmen werden schwere Belastungen für einen Großteil der Bevölkerung mit sich bringen und wahrscheinlich zu sozialen Unruhen führen. Eine solche Politik setzt aber nicht bei den vorhandenen Überkapä-

zitäten und Abhängigkeiten an, die der Kalte Krieg hervorgebracht hat und die für die Krise verantwortlich sind.

Um auf die Überkapazitäten zu reagieren und einen möglichen Kollaps der Nachfrage zu vermeiden, müßte die USA damit beginnen, ihre Marktmacht zur Schaffung neuer Nachfrage einzusetzen. Das bedeutet zum Beispiel, die Löhne der Arbeiter dort zu erhöhen wo die multinationalen Konzerne investieren, so daß die neuen Produkte auch in diesen Ländern gekauft werden können. Der Zusammenbruch der Nachfrage, der die große Depression von 1929 verursacht hatte, wurde letztlich erst durch die Produktion für den zweiten Weltkrieg überwunden. Ein besserer Weg besteht sicher darin, die Nachfrage unter der ärmeren Bevölkerung zu stimulieren, indem ihr Einkommen erhöht wird.

Schließlich müssen die USA endlich Japan und China als gleichrangige Supermächte im pazifischen Raum anerkennen und schnellstens den Versuch beenden, ein überholtes amerikanisches System der Hegemonie durchzusetzen. Falls es den USA nicht gelingt, ihren Status dem eines normalen Landes anzupassen, wird dies nur zu einer imperialen Überdehnung und einem der sowjetischen Entwicklung vergleichbaren Niedergang führen. Die USA sollten weiterhin auf wirtschaftliche Reformen in Ländern wie Südkorea und auf politische Reformen in Ländern wie Indonesien drängen. Aber ohne Reformen in Japan wird dies allein nicht ausreichen. Japan wird jedoch durch keine noch so große ausländische Geldmenge zu Reformen veranlaßt werden. Nur wenn sein amerikanisches Gängelband zerschnitten wird, erhält das politische System Japans den richtigen Ansporn. Falls dies geschieht, werden wir wahrscheinlich einen neuen Wachstumsschub und eine die ganze Region erfassende Prosperität erleben.

Übersetzung aus dem Englischen: Barbara Stopka